

Antrag

der Piratenfraktion

Informationelle Selbstbestimmung stärken, Datenhandel stoppen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der am 28. Juni 2012 vom Bundestag verabschiedeten Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) im Bundesrat nicht zuzustimmen und das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG) abzulehnen.

Der Senat wird weiter aufgefordert, sich dafür einzusetzen, im Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag die Änderungen der vom Bundestag beschlossenen Empfehlung des Innenausschusses (§ 44 BMG i. d. F. gemäß Bundestagsdrucksache 17/101582 v. 27.06.2012) gegenüber dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (§ 44 BMG i. d. F. gemäß Bundestagsdrucksache 17/77461 vom 16.11.2011) zurückzunehmen, insbesondere die Formulierung „wenn die Daten ausschließlich zur Bestätigung oder Berichtigung bereits vorhandener Daten werden.“

Das Abgeordnetenhaus stellt fest, dass Meldeämter mit der vom Bundestag beschlossenen Änderung des MRRG künftig ohne vorherige Einwilligung der Bürger deren persönliche Daten verkaufen können. § 44 BMG i. d. F. gemäß Bundestagsdrucksache 17/01582 vom 27.06.2012 enzieht den Bürgern zudem die Möglichkeit, gegen die Überprüfung von Bestandsdaten oder anderweitig gesammelter Daten Einspruch zu erheben.

Begründung:

Das von den Regierungsfraktionen im Bundestag beschlossene „Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens“ schwächt die Rechte des Bürgers gegenüber Adresshändlern und Werbetreibenden deutlich. Der im ursprünglichen Regierungsentwurf vorgesehene Zustimmungsvorbehalt bei der Nutzung personenbezogener Daten durch Dritte („Opt-in-Verfahren“) wurde ohne weitere Aussprache und entgegen früheren Bekundungen der Bundesregierung beseitigt, ebenso wie das ursprünglich vorgesehene elektronische Widerspruchsrecht. Die Weitergabe jeglicher Melddaten für Werbung und Adresshandel, denen nicht zuvor explizit widersprochen wurde, entspricht nicht dem gebotenen sorgfältigen Umgang mit den durch die Meldepflicht zwangsweise erhobenen Daten.

Heiko Herberg
und die übrigen Mitglieder der Piratenfraktion